

V0961/22

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Stadt Ingolstadt für das Haushaltsjahr 2023
(Referent: Herr Fleckinger)

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 30.11.2022

Vorab informiert der Finanzreferent zum Entwurf des „gelben Papiers“. Hierbei handelt es sich um eine Übersicht wesentlicher Haushaltsdaten des laufenden Haushalts 2023 einschließlich der Finanzplanung. Auf Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien neue Kennzahlen im Gelben Papier hinterlegt worden. Die wichtigsten Positionen, rund ein Dutzend, bieten einen näheren Jahresvergleich über die wesentliche Entwicklung des Haushaltes. Herr Fleckinger verweist auf die letzte Seite, wo eine Gesamtübersicht abgebildet sei. Diese erleichtere die Beurteilung und die Bewertung des Haushalts und der Finanzplanung.

Herr Fleckinger informiert über eine Information des Bayerischen Städtetags zum Thema § 2b UStG und merkt an, dass erst am heutigen Tag die letzte Info dazu eingegangen sei. Der Bundesgesetzgeber sieht im Entwurf des Jahressteuergesetzes eine Verlängerung der sog. Optionsregelung zum Wirksamwerden des § 2b UStG vor. Dies bedeutet, dass die juristischen Personen des öffentlichen Rechts die Möglichkeit haben, weiterhin von der bestehenden Altrechtregelung Gebrauch zu machen. Dies habe nach Worten von Herrn Fleckinger sowohl Vor- als auch Nachteile. Erst vergangene Woche sei bei einer Sitzung des Bayerischen Städtetages eine sehr intensive Diskussion erfolgt und man sei mehrheitlich der Meinung gewesen, dass die Städte die Möglichkeit des Altrechtsvollzugs in den nächsten beiden Jahren fortsetzen sollten. Herr Fleckinger verweist hierzu auf die Bedenken. Ingolstadt sei sehr weit mit dem Umstellungsstand des Verfahrens und die Ämter haben bereits die Verträge und Satzungen entsprechend angepasst. Dabei verweist Herr Fleckinger auf die beiden zu beschließenden Satzungsänderungen auf der Tagesordnung. Einhellige Meinung der Städte und des Städtetags sei, dass hier die Vorteile überwiegen. Das steuerliche Risiko des Paragraphen 2b könne um zwei weitere Jahre hinausgeschoben werden. Herr Fleckinger merkt an, dass eine Verwaltung nie fehlerfrei sei. Hier habe man die Möglichkeit, alle Bereiche nochmals zu screenen. Es sei sicher, dass nochmal alles geprüft werde. Da es noch etwas unklare Schreiben des Bundesfinanzministeriums gebe, stehen noch verbindliche Auskünfte zu verschiedenen Sachverhalten aus. Auch das Thema Vorsteuerabzug bedarf noch einer Klärung. Ein ganz wesentlicher Punkt sei, dass den Bürgern entsprechende Aufschläge der Umsatzsteuer erspart werden, wenn weiterhin nach altem Recht verfahren werde. Auch für die Stadt selbst ergeben sich finanzielle Vorteile, wenn nicht bei bestimmten Leistungen wie z. B. bei INKB oder anderen künftig die Umsatzsteuer mit bezahlt werden müsse. Der Stadtrat habe bereits im Jahr 2016 beschlossen, dass nach dem alten Recht verfahren werden soll. Daher bedarf es keines neuen Beschlusses. Die Verwaltung sei der Meinung, man solle die Möglichkeit zur Entlastung der Bürger nutzen und weiterhin nach altem Recht zu verfahren. Zu den heute zu beschließenden zwei Satzungen teilt Herr Fleckinger mit, dass in Abstimmung mit der Kämmerei eine entsprechende offene Umsatzsteuerregelung aufgenommen worden sei. Wenn die beiden Satzungen heute beschlossen werden, laufen diese ganz normal weiter. Dies sei deswegen so, weil erst wenn das neue Umsatzsteuerrecht greife, diese Gebührenpositionen inklusive Umsatzsteuer zu verstehen sind.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

Herr Fleckinger geht anhand einer PowerPoint-Präsentation auf den Haushalt 2023 und die Finanzplanung bis 2026 ein. Die Präsentation liegt als Anlage dem Protokoll bei. Insoweit wird auf die ausführliche Wiedergabe der Ausführungen verzichtet. Herr Fleckinger informiert, dass sich das Volumen des Gesamthaushaltes auf 907 Mio. Euro belaufe. Dies sei auf hohe Nachholungen bei der Gewerbesteuer in Höhe von 80 Mio. Euro und die damit verbundene Zinszahlung von rund 47 Mio. Euro zurückzuführen. Nach seinen Worten werden die Überschüsse in den Vermögenshaushalt überführt und Teile davon laufen dann in die Rücklagen. Zur Folie fünf informiert Herr Fleckinger, dass eine leichte Unterdeckung ersichtlich sei. Weiter teilt er mit, dass hier die Zahlen des Arbeitskreises Steuerschätzung vom Mai eingearbeitet seien. Es sei richtig, dass dieser im November für fast allen Positionen eine leichte erhöhte Quote und Steigerungssätze prognostiziere. Es seien aber auch einige leichte Negativentwicklungen mit dabei. Im Finanzplanungszeitraum gleiche sich das Ganze wieder aus. Im nächsten Jahr werden im Mai die entsprechenden neuen Zahlen eingehen und diese dann auch in der Finanzplanung angepasst. In der Schätzung des Arbeitskreises seien jedoch noch nicht alle Auswirkungen des geplanten Jahressteuergesetzes 2022 berücksichtigt, sodass sich hier weitere Verschiebungen ergeben werden. Herr Fleckinger gehe jedoch davon aus, dass das vorgelegte Zahlenmaterial eine solide Basis für die Haushalts- und Finanzplanung sei. Die Entwicklung der Gewerbesteuer werde positiv gesehen und liege in 2023 und 2024 etwas über den seitens des AK Steuerschätzung gemeldeten Steigerungsraten. Er betont, dass der Haushalt solide aufgestellt sei. Nach seinen Worten seien die Zahlen bereits bei der Regierung vorgemeldet. Insofern geht Herr Fleckinger fest davon aus, dass der Haushalt genehmigungsfähig ist. Weiter verweist er auf den Nullansatz im Bereich der Schlüsselzuweisungen 2025. Auch dies sei bereits im Vorgespräch diskutiert worden. Die Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisung seien die Steuereinnahmen des Vorvorjahres. Nachdem in 2023 mit den vorgenannten hohen Einnahmen bei der Gewerbesteuer zu rechnen ist, erhalte die Stadt im Jahr 2025 keine Schlüsselzuweisung.

Stadtrat Wittmann verweist auf die staatlichen Kompensationszahlungen für die in Folge der Corona-Pandemie zurückgegangene Gewerbesteuer. Hier wäre man bei ungefähr 120 Mio. Euro zusätzlicher Gewerbesteuer in den Jahren 2020 und 2021. Dies sei mehr als der Durchschnitt und aus seiner Sicht ein sehr großzügiger Ausgleich von Bund und Land.

Auf der Folie sieben sei die Entwicklung der Einkommensteuer aufgeführt. Hier sei man in einem deutlichen Anstieg. Dies sei auf den stabilen Ingolstädter Arbeitsmarkt zurückzuführen. Auch bei der Umsatzsteuer sei eine stabile Linie ersichtlich. Die Personalausgaben seien bereits vorgestellt worden. Zu den Fragen auf die Tarifverhandlungen informiert Herr Fleckinger, dass im Ansatz 2023 eine Steigerung von 4,95 Prozent berücksichtigt sei. Dies sei auch in der Haushaltsvorlage so abgebildet. Herr Fleckinger gehe davon aus, dass sich die Tarifparteien auf eine zweistufige Entgelterhöhung verständigen werden. Im weiteren Finanzplanungszeitraum sei eine jährliche Steigerung von 4 Prozent berücksichtigt. Auf der Folie zehn seien die gesamten Verwaltungs- und Betriebsausgaben aufgeführt. Auch hier gebe es einen Sprung nach oben. Auch hier sei eine moderate Steigerung in den nächsten Jahren bis zum Jahr 2026 ersichtlich. Es müsse darauf geachtet werden, die Verwaltungs- und Sachausgaben wieder etwas zu deckeln und zum Teil auch zurückzuführen. Daran müsse die Verwaltung in den nächsten Jahren arbeiten.

Wenn dieser Sprung nach oben der Corona-Situation geschuldet war, dann müsste nach Worten von Stadtrat Wittmann das Ganze danach wieder runtergehen. Dies bleibe aber auf sehr hohem Niveau. Insofern müsse es hier andere Gründe geben.

Es seien natürlich weitere Sachausgaben wie z. B. Anmietung von Verwaltungsgebäuden gezogen worden. Auch der Personalaufwuchs spiele hier mit rein, so Herr Fleckinger. Insofern verweist er auf seine Äußerung, in diesem Bereich etwas zu deckeln. In diesen

Gruppierungen seien auch die steigenden Energiekosten mit eingeplant. Auch dies schlage sich in diesen Ansätzen nieder.

Die Darstellung auf Folie 12 sei sehr wichtig. Hier sei die entsprechende Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Vermögenshaushalt ersichtlich. Dabei verweist Herr Fleckinger auf die Diskussion im Vorgespräch. Die Jahre 2025 und 2026 seien etwas auffällig. Das Jahr 2025 sei von der fehlenden Schlüsselzuweisung geprägt. Unabhängig davon stehe der Auftrag, den Verwaltungshaushalt in Zukunft strenger zu fassen und vorgesehene Ausgaben zweimal zu betrachten. Natürlich auch, wenn es sich um Investitionen handelt, die mit Folgekosten verbunden seien, welche im Verwaltungshaushalt zu verbuchen sind. Es gelte, Projekte im Vorfeld vermehrt auf den Aspekt der Wirtschaftlichkeit zu prüfen und die damit verbundenen Folgekosten nicht außer Acht zu lassen.

Unter den derzeit herrschenden Rahmenbedingungen und bei allen krisenbedingten Unsicherheiten sei der Haushalt aus Sicht der CSU-Stadtratsfraktion grundsollide aufgestellt, so Stadtrat Wittmann. Insofern sichert seine Fraktion Zustimmung zu. Er zeige aber durchaus die Risiken auf, welche sich in den nächsten Jahren ergeben könnten. Nach seinen Worten sei es schon sehr sportlich, davon auszugehen, dass ab dem Jahr 2024 fast 160 Mio. Euro Gewerbesteuer eingenommen werden. Wenn es der Automobilindustrie gut gehe, dann werde es auch der Stadt in Zukunft gut gehen. Dann könne man die Zahlen so stehen lassen. Es gebe auch keine Belege, dass die Zahlen reduziert werden müssten. Was mehr Sorge zum Anlass gebe, sei die Tatsache, dass sich die Personalkosten innerhalb einer Wahlperiode bis zum Jahr 2026 um fast 50 Prozent erhöhen werden. Da in der Prognose in den nächsten Jahren keine Stellenzuwächse finanziell hinterlegt seien, dürfe es zu diesen auch nicht kommen, da sich die Ausgabensituation ansonsten weiter nach oben entwickle. Stadtrat Wittmann sei auch aufgefallen, dass die Investitionen ab dem Jahr 2025 deutlich nach unten gehen. Diese Aussage sei mit einem großen Fragezeichen zu versehen, denn es seien in der sogenannten Vorratsliste des Baureferates Investitionen mit einem Gesamtvolumen von bis zu 240 Mio. Euro hinterlegt, die noch nicht Bestandteil des Investitionsprogramms seien. Stadtrat Wittmann weist darauf hin, dass hier die Sanierung des Stadttheaters mit Kosten von bis zu 120 Mio. Euro noch hinzukomme. Somit sei man bei bis zu 350 Mio. Euro, die durch diese Mittelfristplanung noch nicht abgedeckt seien. Dabei handle es sich ausschließlich um zwingend notwendige Investitionen und keine Luxusvorhaben. Insofern sei es an der Zeit, sich zu überlegen, wie es in den nächsten Jahren weitergehen solle. Alleine die Tatsache, dass im Jahr 2025 und 2026 keinerlei Zuführungen in den Vermögenshaushalt möglich seien und alle Investitionen in dieser Größenordnung über Kredite finanziert werden müssen, sei besorgniserregend. Jetzt müsse aber nicht Schwarzmalerei betreiben werden, sondern man müsse optimistisch bleiben. Deswegen regt Stadtrat Wittmann an, die Mittelfristplanung so zu belassen, wie sie die Kämmerer erarbeitet habe. Es gebe keinen konkreten Ansatz, um deutlich zu sagen, dass die eine oder andere Zahl nicht korrekt sei. Hier handelt es sich um Prognosen, welche natürlich mit Risiken verbunden seien. Trotzdem sei der Fingerzeig, beim Verwaltungshaushalt aufzupassen, damit man nicht von der Regierung angemahnt werde, wie kürzlich die Stadt Regensburg. Er merkt an, dass die Regierung mit der Finanzwirtschaft der Stadt Ingolstadt stets zufrieden gewesen sei. Stadtrat Wittmann sichert nochmals insgesamt Zustimmung zum Gesamthaushalt mit den angesprochenen Einschränkungen zu.

Stadtrat De Lapuente schließt sich dem Optimismus von Stadtrat Wittmann an. Er glaube, ein optimistischer Blick sei berechtigt. Der Haushalt habe sich deutlich besser entwickelt als bei den ersten Planungen. Dabei verweist er auf die Jahre 2017 und 2018, wo man schon beim Ende der Rücklagen gewesen sei. Sogar in den Krisenzeiten von Corona habe sich der Haushalt gut entwickelt. Weiter verweist er auf die Zuschüsse der Bundesregierung und des Freistaats, welche dem Haushalt der Kommunen zu Gute gekommen seien. Es sei richtig, dass die Personalkosten im Auge behalten werden müssen. Es sei ersichtlich, dass diese auch in der Periode 2014 bis 2020 um 43 Mio. Euro angestiegen sind. Diese steigen jetzt auch unter neuer Verantwortung, mit dem neuen Personal in den Kindertagesstätten und

überall dort, wo der gesetzliche Anspruch gewährleistet werden müsse, an. Dabei verweist er auf die Feuerwehr, welche den gesetzlichen Aufgaben nachkommen müsse. Insofern müssen die Personalkosten mit Optimismus im Auge behalten werden. Auch wenn sich die Einnahmeseite deutlich verbessere, seien auch die Personalkosten, wenn diese auf einem bestimmten Niveau bleiben, sicher in diesem Gefüge.

Stadtrat Höbusch zeigt sich erfreut, dass der Antrag seiner Fraktion in das „Gelbe Papier“ mit eingearbeitet worden sei. Weiter verweist er auf die angesprochene Personalkostenquote. Es gebe diverse andere Kennzahlen, welche es erleichtern, bestimmte Positionen über Zeitreihen und Legislaturperioden hinweg zu betrachten. Auch die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde diesem Haushalt zustimmen. Stadtrat Höbusch sehe im Bereich der Investitionen weitere Möglichkeiten. Aber dies werde Thema der Haushaltsrede der nächsten Woche. Dabei verweist er auf den Straßenbau und den Radverkehr, wo es Spielmöglichkeiten gebe. Hier sei noch kein Umsteuern erkennbar. Dies sei aber Aufgabe des Stadtrates, hier eine Mehrheit zu finden. Letztendlich hole man in vielen Bereichen Dinge jetzt auch in der Mittelfristplanung nach, welche leider aus den verschiedensten Gründen in den vergangenen Jahren nicht in Angriff genommen worden seien. Dabei verweist er auf das Thema Theater.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass Ingolstadt im Vergleich zu anderen Kommunen solide aufgestellt sei. In Bezug auf den Haushalt 2023 brauche man sich nicht beschweren. Insofern bestehe für den Moment Optimismus. Es müsse aber schon beachtet werden, dass schon in der Vergangenheit prognostiziert worden sei, dass man von den damaligen Rücklagen von 300 Mio. Euro im Jahr 21 bei Null sein werde. Dies konnte nun noch ein bisschen rausgeschoben werden. Oberbürgermeister Dr. Scharpf wolle damit sagen, dass die Vielzahl der zu stemmenden Investitionen in der Stadt schon dazu führen, dass mehr Geld benötigt werde, als eigentlich vorhanden ist. Dies müsse man ganz ehrlich konstatieren. Jetzt habe man zwar ordentlich Gewerbesteueransätze hinterlegt und auch Audi steuere nächstes Jahr angeblich auf das größte Rekordergebnis seiner Unternehmensgeschichte zu. Hier sei noch nicht bekannt, was die Stadt erhalte. Die Einkommensteuerentwicklung sei sehr positiv, denn die Einnahmen haben sich seit dem Jahr 2014 verdoppelt. Gleichwohl dürfe man die bevorstehenden Investitionen nicht aus den Augen verlieren. Hierbei handelt es sich um eine große Summe. Oberbürgermeister Dr. Scharpf verweist auf die letzten Monate, in denen fast keine Wochen ohne irgendwelche Hiobsbotschaften von irgendwelchen Millionensteigerungen vergangen sei. Dies habe bereits mit der 20 Mio. Euro Steigerung für die Donautherme, 21 Mio. Euro beim Kongresszentrum und bei der Landesgartenschau begonnen. So lasse sich diese Liste immer weiter fortsetzen. Die Anstrengungen seien groß und es sei fraglich, ob diese in Zukunft überhaupt zu stemmen seien. Es müsse natürlich aufgepasst werden, den Verwaltungshaushalt im Griff zu behalten. Weiter verweist Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf die Verdoppelung der Personalkosten. Aber gemessen an dem bereinigten Verwaltungshaushalt bewege man sich immer noch im 40 Prozent Korridor. Man dürfe aber angesichts der wirtschaftlichen Situation und der politischen Umstände hier nicht ausreißen. Wenn es zu Personalkostensteigerungen komme, dann in ausgewählten Einzelfällen. Dabei verweist er auf die Feuerwehr und die Kindertagesstätten. Die Message sei, wie bereits in der Referentenrunde angemerkt, dass im nächsten Jahr eine Nullrunde angestrebt werde. Im Einzelfall werde sich ein Personalaufwuchs nicht vermeiden lassen. Bei den Sachausgaben gelte dasselbe. Damit man hier runterkomme, seien diese auch zu hinterfragen. Dabei verweist Oberbürgermeister Dr. Scharpf auf das Projekt Aufgabenkritik. Er sichert hierzu eine Ergebnisvorstellung im ersten Quartal nächsten Jahres zu. Die Geschäftsprozesse werden hier auf den Prüfstand gestellt und die Digitalisierung vorangetrieben. Hierbei handelt es sich um unabdingbare Maßnahmen, um die Personal- und Sachaufwendungen der Verwaltung in den Griff zu bekommen, damit auch in Zukunft ein solider Haushalt aufgestellt werden könne.

Stadtrat Lange schließe sich dem an, dass ein Haushalt für das nächste Jahr vorgelegt worden sei, welcher sehr solide und vernünftig ist. Dieser berücksichtige die ganzen

Unwägbarkeiten, mit denen man in diesem Jahr und seit dem Jahr 2020 zu kämpfen hatte. Man stochere immer noch im Nebel und dabei erinnere Stadtrat Lange an die Aussage von Stadtrat Wittmann, dass man auf Sicht fahren müsse. Momentan auf Sicht zu fahren sei sehr schwierig, weil zu viele Nebelbänke auftauchen, mit denen man nicht gerechnet habe. Von daher sei Stadtrat Lange der Ansicht, dass der vorgelegte Ansatz der Richtige sei. Dabei verweist er insbesondere auf den Vermögenshaushalt. Stadtrat Lange plädiere dafür und schließe sich den Sorgen von Stadtrat Wittmann an, dass die Personalkosten nochmals mittelfristiger betrachtet werden müssen. Eine Nullrunde im nächsten Jahr dürfe nicht bedeuten, dass man in den nächsten zwei, drei Jahren danach wieder ordentlich draufsattle. Dann hätte man wieder dasselbe Problem. Stadtrat Lange verweist auf die Personalkostensteigerung von 38,6 Prozent in der letzten Wahlperiode. Dies bedeute in den Jahren 2020 bis 2026 eine Personalkostensteigerung von 45 Prozent. Stadtrat Lange sehe hier schon ein Problem. Hier müssen alle nochmals darüber nachdenken, wie man auf die von Oberbürgermeister Dr. Scharpf angesprochenen 40 Prozent, bei einer längerfristigen Betrachtung, komme. Wenn die Einnahmen im Verwaltungshaushalt wegbrechen, sehe Stadtrat Lange die Gefahr, dass am Ende alles um die Ohren fliege.

Stadtrat Köstler zeigt sich erfreut über die Aufstellung. Er schließt sich den Bedenken der mittelfristigen Investitionsplanung an und bemängelt, dass die Zahlen nicht so vollständig seien, wie es im letzten Jahr in der Haushaltsplanung aufgezeigt worden sei. Hier sei das Theater mit 150 Mio. Euro und auch die Mittelschule West mit fast 50 Mio. Euro aufgeführt gewesen. Genau diese Zahlen seien ihm wichtig, um langfristig zu steuern. Weiter verweist er auf das Thema Tarifabschluss. Für die Mitarbeiter der Stadt sei es natürlich sehr positiv, wenn der Abschluss höher ausfalle als das was angenommen werde. Da er von einem deutlich höheren Ergebnis bei den Tarifabschlüssen ausgehe, stelle dies für den Haushalt ein echtes Problem dar. Generell sehe er auch beim Thema Verwaltungshaushalt, dass man sparen müsse. Um hier weiterzukommen, müssten wirkliche Ansätze gefunden werden. Das Thema Desk Sharing wirke sich auch auf die Investitionen aus. Es müsse hinterfragt werden, wie viele Plätze fest für die Mitarbeiter vor Ort nötig seien. Stadtrat Köstler verweist auf die Stadt Nürnberg, die als Sparprogramm eine solche Idee aufgebracht habe. Es gehe darum, dass bestimmte Kosten, die die Stadt tragen müsse, vom Freistaat und vom Bund teilweise finanziert werden. Nürnberg habe die Bemühungen gestartet, um mehr vom Bund und dem Freistaat an Zuschüssen oder eine vollständige Erstattung bestimmter Kosten zu erhalten. Insofern regt Stadtrat Köstler eine Abstimmung mit anderen Städten an.

Herr Fleckinger nehme die Anmerkungen von Stadtrat Köstler auf. Weiter verweist er auf die vor der Sommerpause vorgestellte Liste des Referates VI, welche auch in das Investitionsprogramm eingegangen sei. Dabei handle es sich um kein Wunschprogramm, sondern es würden Projekte hinterlegt, die personell und zeitlich umsetzbar seien und in den entsprechenden Planjahren kassenwirksam würden. Herr Fleckinger betont, dass eine Generalsanierung des Stadttheaters mit 150 Millionen nicht eingestellt werden könne, wenn diese nicht umsetzbar sei, weil keine entsprechende Planung vorliege. Insoweit sei es Ziel, realistische Zahlen vorzustellen, welche im Investitionsprogramm abgebildet werden. Zu den Personalkosten verweist er auf eine mögliche Veränderung nach den Tarifverhandlungen. Dies müsse dann entsprechend im Nachtragshaushalt 2023 Berücksichtigung finden. Von der Aufgabenkritik und dem Projekt Geschäftsprozesse erhoffe man sich die ersten Effekte. Das Thema Desk Sharing sei bekannt und werde in der Stadtverwaltung auch gelebt. Das Amt für Gebäudemanagement prüfe jedes Raumkonzept, um diese Möglichkeiten zu nutzen. Es werde daran gearbeitet. Es sei völlig richtig, dass der Bund und das Land für an Kommunen übertragene Aufgaben entsprechende Finanzmittel bereitstellen müssen.

Stadtrat Schülter merkt an, dass die AfD-Stadtratsfraktion den Haushalt als solide aufgestellt sehe und sichert die Zustimmung seiner Fraktion zu.

Stadtrat Stachel zeigt sich erfreut über die guten Unterlagen. Er merkt an, dass die FW-Stadtratsfraktion dem Haushalt zustimmen werde. Die Vorlage sei soweit korrekt, auch wenn

das eine oder andere sicherlich in der Zukunft korrigiert werden müsse. Weiter verweist Stadtrat Stachel auf die Worte des Oberbürgermeisters, die Personalkosten genau im Auge zu behalten. Es sei klar, dass es Bedarfe gebe, welche unvermeidlich seien. Aber den Ansatz, hier etwas restriktiver zu verfahren, teile er absolut. Er sei in der Vergangenheit immer als Pessimist bezeichnet worden. Stadtrat Stachel betont, dass er nach Betrachtung der Zahlen optimistisch sei. Gleichzeitig freue er sich, dass bei den anderen Gruppierungen die Erkenntnis da sei, die Kostenseite intensiv im Blick zu behalten, damit man nicht in den Jahren 2024 und den Folgejahren einen Absturz erlebe.

Erfreulich seien die vielen Stimmen hinsichtlich der Sparbemühungen und das Mahnen zur Haushaltsdisziplin, so Stadtrat Schäuble. Die letzten Jahre seien anders gewesen und insofern sei es positiv, dass es Usus geworden sei, gemeinsam in diese Richtung zu gehen. Was nicht erwähnt sei, ihn aber besorge, seien die Ausgaben der Tochterunternehmen. Stadtrat Schäuble glaube, dass hier noch nicht alle Risiken im Haushalt vollständig abgebildet seien. Dies gelte insbesondere für die Baurisiken, welche hier ordentlich durchschlagen können. Auch wenn dies nicht abgebildet sei, halte Stadtrat Schäuble dies nicht für einen Fehler, jedoch halte er die tatsächliche Entwicklung für kaum prognostizierbar. Insofern bestehen für ihn Zweifel und deswegen bittet er den Haushalt heute nicht abzustimmen und diesen zurück in die Fraktionen zu verweisen.

Stadtrat Wittmann informiert, dass er seit 20 Jahren Vertreter der Stadt Ingolstadt im Städtetag sei. Seit dieser Zeit höre er die Forderung der Kommune, dass diese mehr Geld benötigen. Dies werde auch in Zukunft so sein. Stadtrat Wittmann unterstütze die Forderung, warne aber zugleich vor zu viel Hoffnung. Der Bund habe gewaltige Ausgaben und deshalb werde auch der Freistaat zur Kasse gebeten. Was die Förderung des Freistaates an die Kommunen betreffe, liege dieser von allen Bundesländern weit vorne. Insofern dürfe man sich in der Tat nicht beklagen. Nach Worten von Stadtrat Wittmann könne es nicht sein, dass nochmals viele Jahre vergehen, bis die wesentliche Sanierung des Stadttheaters vorgenommen werde. In den letzten Jahren seien die Lampen ausgetauscht worden und auch die Sanierung der Toiletten erfolgt. Dies sei für Stadtrat Wittmann keine Sanierung. Weiter verweist er auf die Generalsanierung des Klinikums unterlaufendem Betrieb. Stadtrat Wittmann bittet alle Beteiligten, sich Gedanken zu machen, dass man im Stadttheater in den nächsten Jahren vorankommen müsse, auch wenn es nicht die Generalsanierung sei, wo das Theater für zwei Jahre geschlossen werde. Dies funktioniere nach seinen Worten nicht. Weiter verweist er auf das Zeitungsinterview des Oberbürgermeisters im Donaukurier. Stadtrat Wittmann unterstreiche die Aussage, dass zu teuer gebaut werde. Hier müsse aufgepasst werden. Dabei verweist er auf die steigenden Quadratmeterkosten bei den Kindergärten. Er merkt an, dass Kinder weder in den Schulen noch in den Kitas tolle architektonische Lösungen brauchen, sondern eine pädagogische Betreuung viel wichtiger sei. Der Kindergarten in Etting sei von der Substanz her absolut in Ordnung und sehr schön. Insofern regt Stadtrat Wittmann an, diesen als Standard herzunehmen. Er bittet hier ein Augenmerk darauf zu legen, damit die Kosten hier nicht aus dem Ruder laufen.

Die Aussage zum Stadttheater finde Oberbürgermeister Dr. Scharpf sehr mutig. Er meine, dass die Sanierung längst hätte stattfinden müssen. Dies sei schon sehr lange bekannt. Insofern wundere Oberbürgermeister Dr. Scharpf sich, dass Stadtrat Wittmann hier nun auf Eile poche. Dies hätte man in der Tat hätte früher angehen können. Eine Generalsanierung ohne langfristige Schließung des Theaters sei zwar wünschenswert, aber ihm sei gesagt worden, dass es durch das Thema Haustechnik nicht möglich sei.

Stadtrat Wittmann sei durchaus bekannt, dass er manchmal mutig sei und gebe Oberbürgermeister Dr. Scharpf recht. Aber man habe sich damals darauf geeinigt, so schnell wie möglich eine Ersatzspielstätte zu bauen, damit in einem Ruck die Sanierung erfolgen könne. Dies habe sich aus unterschiedlichen Gründen so nicht ergeben. Es sei sehr viel Zeit verloren worden. Stadtrat Wittmann erinnere nochmals an die Toilettensanierung im Untergeschoss, welche während des laufenden Betriebes erfolgt sei. Dies sei aufgrund der

Leitungsproblematik unabdingbar gewesen. Da es nun eine andere Lage sei, bittet Stadtrat Wittmann hier ernsthaft darüber nachzudenken. Was vor sechs Jahren gegolten habe, gelte nun nicht mehr. Insofern müsse die Lage neu beurteilt und geprüft werden. Da diese Sanierung notwendig und wichtig sei, müsse sich in den nächsten Jahren etwas überlegt werden.

Eine Generalsanierung bei laufendem Betrieb sei nach Worten von Herrn Hoffmann sehr schwierig oder fast unmöglich. Möglich sei, sich ein paar Jahre mit eher oberflächlichen Dingen über Wasser zu halten, welche auch bei laufendem Betrieb durchgeführt werden können. Weiter geht er auf die angesprochene modulare Bauweise ein. Hier werde im Hochbau aktuell darüber gesprochen, was standardisiert im Schul- und im Kitabereich umgesetzt werden könne. Die hohen Quadratmeterpreise hätten Herrn Hoffmann anfangs auch schockiert. Allerdings müsse immer betrachtet werden, was hinter einer solchen Einheit stehe. Die 8.000 Euro werden nicht auf den Quadratmeter gerechnet, sondern auf den geförderten Quadratmeter. Insofern erscheinen die Preise hier sehr hoch. Nach seinen Worten werde in Deutschland zu teuer gebaut. Es müsse geprüft werden, ob ein paar Normen abgeschafft werden können, damit die Planer wieder Freiheit haben.

Dies sei nach Worten von Oberbürgermeister Dr. Scharpf ein wichtiges Thema und er merkt an, dass die GWG dies vorbildhaft vormache. Diese schaffe es immer wieder und baue trotzdem ansprechend und kostensparend. Die GWG sollte Vorbild für das gesamte kommunale Bauen sein, da hier die Standards zu hoch seien. Zur Sanierung des Stadttheaters weist Oberbürgermeister Dr. Scharpf darauf hin, dass es schon einen Unterschied mache, ob Toiletten saniert werden oder die komplette Haustechnik. Dieser Vergleich sei nicht realistisch.

Her Engert merkt an, dass der Stadtrat einen neuen Planungsauftrag an ein Büro über INKoBau für die Sanierung vergeben habe. Diese Planung laufe derzeit und es werde davon ausgegangen, dass im ersten Schritt eine Sanierung bei laufendem Betrieb erfolge. Bei weiteren Arbeiten, welche nur bei einem geschlossenen Haus durchgeführt werden könnten, ist eine Schließung erforderlich. Herr Engert halte immer viel von einer Betrachtung anderer Städte. Es gebe viele Theater, welche saniert und komplett geschlossen wurden. Diese Städte haben auch ihre Gründe dafür, warum für eine gewisse Zeit das Haus geschlossen werden müsse. Beispielsweise sei das Haus nicht nutzbar, wenn die ganzen elektrischen Leitungen erneuert werden müsse. Es werde Bereiche geben, die eine komplette Schließung erfordern und welche, die bei laufendem Betrieb durchgeführt werden können. Herr Engert teilt mit, dass es in Ingolstadt gelingen müsse, beim Thema Kleines Haus und Ersatzspielstätte so voranzukommen, dass kein Geld in eine Ersatzlösung investiert werde, welches nachher verloren sei. Weiter unterstreicht Herr Engert die Aussage von Herrn Hoffmann zum Schulbau. Dabei verweist er auf Gespräche hinsichtlich der Standards und des günstigen Bauens. Weiter betont er, damit dies öffentlich nicht falsch rüberkomme, dass von der Hauptnutzfläche gesprochen werde, welche mit 8.000 Euro pro Quadratmeter gefördert werde. Dies betreffe knapp die Hälfte der Fläche, wenn dies auf alle Flächen hochgerechnet werde.

Nach Worten von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll sei die Sanierung des Theaters bei laufendem Betrieb in der Tat schwierig. Weiter verweist sie auf die Sitzung des INKoBau Aufsichtsrates und merkt an, dass jetzt schon in die Sanierung des Theaters investiert werde. Weiter müsse bedacht werden, die in Auftrag gegebenen Planungen so zu gestalten, dass die Schließzeiten des Theaters so gering wie möglich gehalten werden. Dieser Gesichtspunkt werde in den Planungen sicherlich eine Rolle spielen.

Ehrlichkeitshalber dürfe nicht gejammert werden, dass die Sanierung des Stadttheaters noch nicht anlaufe, wenn man sich noch vor wenigen Monaten gegen den Standort für die Kammerspiele ausgesprochen habe, so Stadtrat De Lapuente. Dies passe irgendwie nicht zusammen. Nun werde der nächste Prozess angestoßen, indem man einen neuen Standort

suche. Dann müsse aber schon dieser Stadtrat in die Gänge kommen und mutig sein und sich für einen Standort für das Kleine Haus entscheiden. Wenn sich der Stadtrat bei der nächsten Standortsentscheidung wieder so durchmogle, dann werde es mit dem Plan, die Ausweichstätte zu nutzen, um das Stadttheater zu sanieren, nichts.

Der Antrag wird zurück in die Fraktionen verwiesen.